

Hildebrandt, Eckart

**Article — Digitized Version**

## Nicht die einzige Akteurin - Gewerkschaft im gesellschaftlichen Bündnis

Der Gewerkschafter: Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Hildebrandt, Eckart (1989) : Nicht die einzige Akteurin - Gewerkschaft im gesellschaftlichen Bündnis, Der Gewerkschafter: Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, ISSN 0433-9118, IG Metall, Frankfurt, M, Vol. 37, Iss. 9, pp. 26-27

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122430>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.



Die Folgen des Produkts bedenken. Autos auf der Schrotthalde.

Gewerkschaft im gesellschaftlichen Bündnis

# Nicht die einzige Akteurin

Die Produktmitbestimmung gehört zu den Instrumenten, um die „andere Zukunft“ sozial und ökologisch zu gestalten. In diesem Prozeß ist die Gewerkschaft nur eine Akteurin – neben Bürgerinitiativen, Kirchen, Parteien, Wirtschaftsverbänden und staatlichen Kontrollinstanzen.

Die Forderung nach Produktmitbestimmung ist erst in jüngerer Zeit und unabhängig von traditionellen Kernthemen gewerkschaftlicher Betriebspolitik entstanden. Erste Ansätze für das neue Denken haben Arbeitskreise für alternative Produktion in den Rüstungsbetrieben geliefert. Ihre Zielsetzung war, bestehende Arbeitsplätze durch eine andere Produktpolitik zu sichern.

In nachfolgenden Initiativen hat sich die Produktkritik nicht mehr nur auf Waffen gegen den Menschen beschränkt. Sie weitet sich vielmehr auf all die Produkte aus, die sich als Waffen gegen die Natur einschließlich der Gesundheit und Lebensqualität des Menschen erweisen.

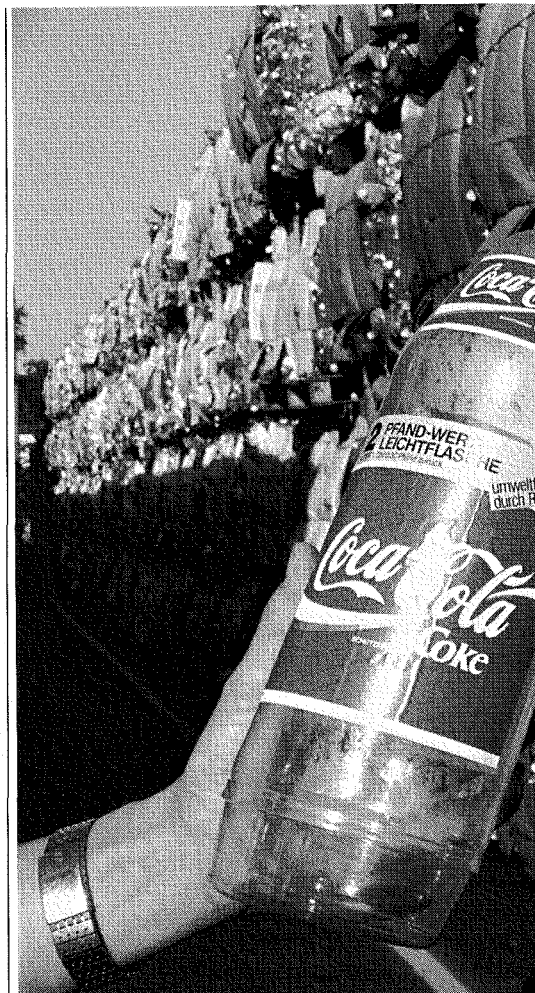
## Ökologische Folgen

Die ökologische und soziale Schädlichkeit von Produkten und Produktionsverfahren läßt sich für die Produzenten von alltäglichen Konsumgütern unmittelbarer nachvollziehen. Hier sind die Produzenten auch Konsumenten und Betroffene der ökologischen Folgen des Produkts – unabhängig davon, ob sie es selbst hergestellt haben. Dies gilt aber zunehmend auch für Produkte der Investitionsgüterindustrie, obwohl hier nicht immer eine direkte Rückkoppelung der Beschäftigten zur Nutzung existiert. In der Metallindustrie stehen dafür die Diskussionen um die Kernkraftwerke und um das Automobil.

Gerade in einer Zeit, in der die Industrie beansprucht, immer konsumentenfreundlichere Produkte anzubieten, wird also die Trennung zwischen privatem Konsum und Lohnarbeit in Frage gestellt. Dem steht das von den Herstellern propagierte Modell entgegen: der Konsument sei nur für den Konsum zuständig und die Konsummöglichkeiten hätten sich für die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs der Bundesrepublik ständig verbessert. Mehr Lohn heißt mehr Konsum und damit mehr Lebensqualität. Darauf konnte sich der Arbeitnehmer verlassen und neue Probleme jeweils unter der Devise betrachten: „Abwarten und sehen, was hinten rauskommt – geldmäßig.“

Und man hatte gelernt, sich im Betrieb nur für einen unmittelbaren Aufgabenbereich verantwortlich zu fühlen. Die Losungen hießen demnach für die Mehrzahl der Arbeitnehmer: „Kümmer' Dich um Deinen eigenen Kram“ und „Da haben sich schon klügere Leute den Kopf drüber zerbrochen“.

Die fundamentale Trennung zwischen inner- und außerbetrieblicher Lebenswelt hat unter anderem auch bewirkt, daß einige Beschäftigte, die in der betrieblichen Interessenvertretung nie mitwirkten, außerber-



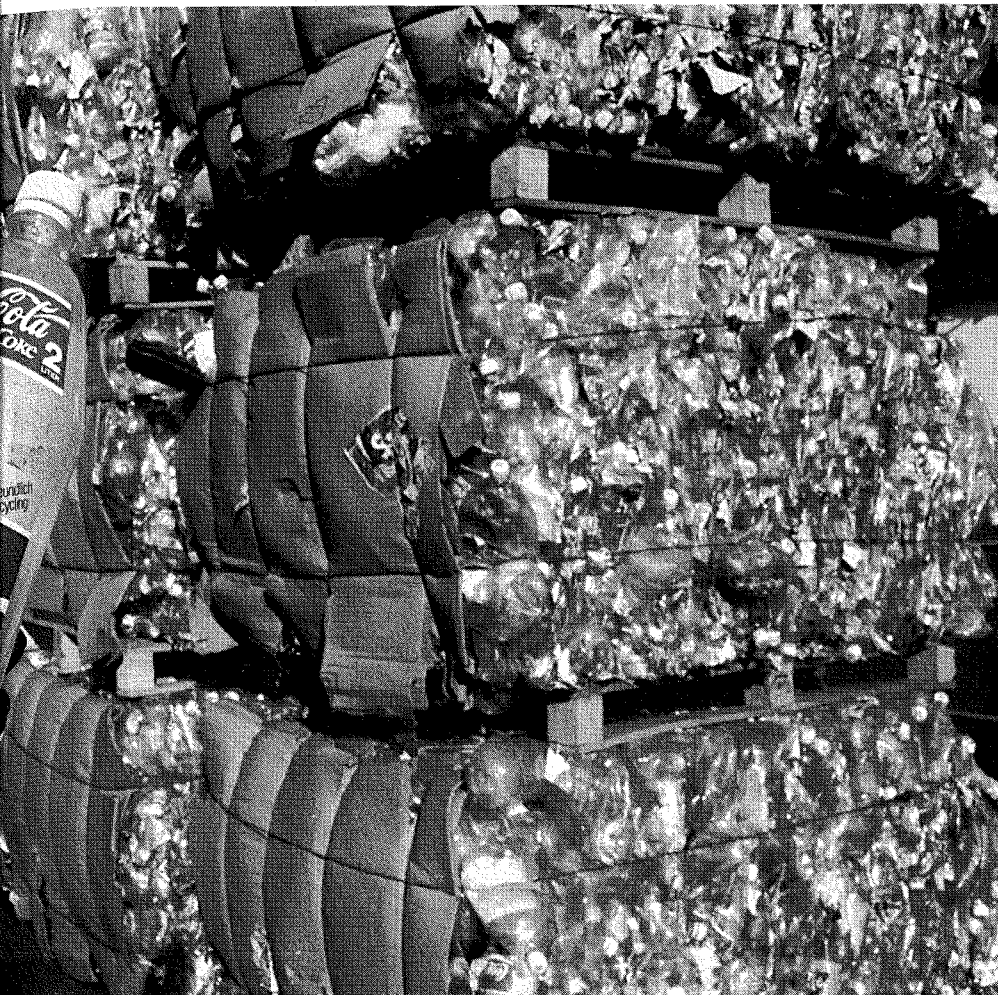
Ökologische Probleme sind zu Überlebensfragen

trieblich in Bürgerinitiativen aktiv aufzutreten. Der Brückenschlag zwischen dem Engagement für den Erhalt der Qualität des Lebens, für ein „Recht auf ein gutes Leben“, auf „Annehmlichkeit“ und dem Betriebsalltag ist grundsätzlich noch nicht gelungen. Denn die betrieblichen Akteure handeln nach anderen Leitlinien und „Sachzwängen“: Ökologische Ziele sind nicht umstandslos an die traditionellen Unternehmensziele und arbeitspolitischen Felder anzukoppeln.

Im Gegenteil, viele der geltenden Prinzipien der Produktionsorganisation beruhen auf zerstörerischer Naturnutzung und technokratischem Naturersatz. Daher sind die ökologischen Initiativen der Vergangenheit außerhalb der Betriebe entwickelt worden, und zwar von Menschen, die die Rollentrennung von Produzent, Konsument und Betroffenen und die entsprechenden eingeschränkten Zuständigkeiten nicht mehr akzeptieren.

## Radikaldemokratischer Prozeß

Der ökologische Handlungsdruck geht von tiefgreifenden gesellschaftlichen Entwicklungen aus, die insbesondere zwei



geworden. Plastikflaschen vergrößern Müllberge.

Grundorientierungen der Arbeiterbewegung in Frage stellen:

Erstens die Möglichkeit eines effektiven Nebeneinanders von fremdbestimmter Arbeit und Produktion in der Fabrik einerseits und der Erholung in der freien Natur andererseits;

zweitens die Perspektive der Befreiung von materieller Not und Unfreiheit durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt.

Beide Orientierungen basierten auf der Annahme, daß die Natur eine kostenlose, unendliche und stabile Ressource sei. Einerseits als Rohstoff für die Produktion, andererseits als Infrastruktur für Freizeitindustrie und Massentourismus. Die Konsequenz: Die ökologischen Probleme sind zu Überlebensfragen geworden.

Das Konzept der Produktmitbestimmung ist somit eingebunden in die notwendige gesellschaftliche Diskussion um eine „andere Zukunft“, in der Rauch aus den Schloten und rußschwarze Gesichter nicht länger als Fortschrittssymbole, sondern als Merkmale von Dreckschleudern gesehen werden. Auch vorherrschende gewerkschaftliche Ansichten bedürfen hier einer Korrektur.

Naturvernichtung und Umweltzerstö-

zung: Die unübersehbare Betroffenheit von jedermann hat zu einem radikaldemokratischen Prozeß geführt. Entwickelt hat er sich aus der antiautoritären Eigeninitiative einzelner. Der Prozeß beinhaltet die Chance, Elemente des basisdemokratischen Verständnisses auch in die Betriebe zu übertragen. Hier würde sich Produktmitbestimmung mit solchen Entwürfen für neue Unternehmenskultur treffen, die ernsthaft einen sozialökologischen Umbau der Betriebsverfassung unter demokratischen Bedingungen anstreben.

### Sozialökologische Regionalpolitik

Das unmittelbare Feld der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften ist nach wie vor der Betrieb. Das Versagen der nach der herrschenden Arbeitsteilung zuständigen Instanzen sowie die Tatsache, daß die Natur bisher keinen eigenen Preis und keinen Anwalt in den Wirtschaftsordnungen hat, bringt die Gewerkschaften in massiven Zugzwang. Denn sie müssen erstens ihre traditionellen Verhaltensnormen vor dem Hintergrund der ökologischen Gefährdung neu überdenken, sie müssen zweitens an einer neuen ökologischen Produktionspoli-

tik der Unternehmen mitwirken und drittens Zukunftsmodelle eines ökologischen Wirtschaftens durchsetzen helfen.

Dieser Prozeß wird zunehmend regional in den verschiedenartigsten Bündnissen vorangetrieben, in denen die Gewerkschaften nicht mehr die führende Rolle spielen können. Sie sind darin ein Akteur – neben Bürgerinitiativen, Kirchen, Parteien, Wirtschaftsverbänden, staatlichen Kontrollinstanzen usw. Die Region ist die Lebenswelt der Arbeitnehmer. Zu fragen ist, inwieweit die Gewerkschaften aktiv und sachkundig für eine sozialökologische Regionalpolitik eintreten wollen, nachdem sie sich aus der Gemeinwirtschaft zurückgezogen und ihre Anwesenheit vor Ort durch die DGB-Strukturreform ausgedünnt haben.

### Eigenständiger Beitrag

Ihr eigenständiger Beitrag zu solchen Bündnissen könnte konkret zum Beispiel darin liegen:

das gestiegene Umweltbewußtsein für einen aktiveren betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu nutzen, also die Fronten zwischen Arbeits- und Umweltschutz abzubauen;

den Einsatz von Ressourcen im Unternehmen und den Ausstoß von Schadstoffen (mit-) zu kontrollieren (Ökocontrolling)<sup>1</sup> und zu verringern;

darauf zu dringen, daß möglichst wenig Abfallstoffe und Schadstoffe nach draußen gehen und statt dessen im Betrieb recycelt und entsorgt werden, um die ökologischen Kreisläufe kurz und übersichtlich zu halten;

die individuellen Voraussetzungen für ökologisches Verhalten und für mehr Eigenverantwortung im Betrieb zu verbessern (Vorschlagswesen, Reklamationsrecht, Arbeitsverweigerungsrecht);

auf eine verbesserte Produktqualität (Gebrauchseignung, Haltbarkeit, vielfältige Verwendbarkeit und Reparaturfreundlichkeit) hinzuwirken.

Letztendlich sind im gegenwärtigen gewerkschaftlichen Regelungswerk die direkt oder indirekt ökologiefreundlichen Normen und Verfahren aufzuspüren, die zu einer halbherzigen bis widersprüchlichen Betriebspolitik in Sachen Ökologie führen. Produktmitbestimmung im Betrieb heißt vorwiegend, den Produktionsprozeß unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten zu gestalten. Betriebliche und überbetriebliche Produktmitbestimmung in gesellschaftlichen Bündnissen sind dabei ebensowenig zu trennen wie produkt- und prozeßbezogene Mitbestimmung.

Eckart Hildebrandt

Eckart Hildebrandt ist Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin.

<sup>1</sup> Siehe „Der Gewerkschafter“ Nr. 6, Seite 6-7